

Eva Kreisky/Marion Löffler (Wien)

Demokratietheorieentwicklung im Kontext gesellschaftlicher Paradigmen

Demokratietheorien haben sich bisher kaum Fragen der Demokratieentwicklung gewidmet, sondern verfahren vorwiegend formalistisch. Erst in jüngeren Konzeptualisierungen wird gesellschaftlicher Rückbau demokratischer Errungenschaften thematisiert, wobei sich gerade professionelle Politikwissenschaft auffällig zurückhält. In diesem Beitrag werden verschiedene Versuche theoretischer Erfassung von Mechanismen und Effekten der Entleerung von Demokratie, dadurch ausgelöste ideenhistorische Suchbewegungen und konzeptuelle Innovationen, nachgezeichnet, um an ihren Beispielen Wege und Bedingungen rezenter Theorieentwicklung zu erfassen. Die Analyse erfolgt entlang einer rekonzipierten Ideologiekritik. Der ideologiekritische Anspruch an Demokratietheorie ist es, demokratische Weiterentwicklung zu fördern und in diesem Sinne praktisch-ideologisch zu wirken. Im Zentrum der Analyse stehen drei kritische Konzeptualisierungen: Postdemokratie (Rancière, Crouch), Counter-Democracy (Rosanvallon) und „entpolitisierte Entdemokratisierung“ (Mouffe). Trotz erheblicher Differenzen verbleiben jedoch auch diese Versuche innerhalb recht eng gezogener Pfade der Theorieentwicklung. Vor allem nationalstaatliche Verfasstheit und Zeitgebundenheit von Demokratietheorien bilden Barrieren für Theorieentwicklung.

Keywords: Demokratietheorien, Theoriebildung, Ideologiekritik, Entdemokratisierung
Theories of democracy, theory formation, Critique of Ideology, De-democratization

Herausforderungen an Demokratietheorien

Konzeptualisierungen von Demokratie sind niemals voraussetzungslos, stets erfolgen sie im Einklang mit paradigmatischen Sichtweisen von Gesellschaft: C.B. Macpherson (1962/1967, 1977/1983) hat in ideen- und ideologiekritischer Rückschau auf (liberale) Demokratiekonzepte ihre Determinierung durch ein gesellschaftliches Paradigma konstatiert. So vermochte er variierende Lesarten von Demokratie auf verschiedenartige sozioökonomische Gegebenheiten zurückzuführen. Was für ideenhistorische Betrachtungen theoretischen Mehrwert ergibt, vermag auch aktuelle und künftige Theoriedebatten produktiv anzuleiten. Alain Lipietz (1994, 338) spricht davon, dass Macpherson ein der Demokratietheorieentwicklung zugrunde liegendes gesellschaftliches Paradigma „entdeckt“ habe, wir für ein solches in Wahrheit aber erst „werben“ müssten.

Politische Theorien entstehen in Reaktion auf hervortretende Erklärungsdefizite. Überraschende Ereignisse, unerwartete Phänomene oder krisenhafte Tendenzen bedürfen neuer theoretischer Anstrengung, wenn sie nicht mehr in den geläufigen theoretischen Schemata fassbar scheinen. Theoretische Bearbeitungen hinken daher veränderten sozialen und politischen Praktiken hinterher. Transformationen und neue Formen politischen Handelns werden zwar in politikwissenschaftlicher Forschung wahrgenommen und beschrieben, doch „[t]heorists have been slow to conceptualize these changes“ (Rosanvallon 2008, 21). Angesichts des Unvermögens

maßgebender Theorien gegenüber einschneidenden Umgestaltungen von Gesellschaft, Ökonomie und Politik wird „Unbehagen an der Demokratietheorie“ (Buchstein/Jörke 2003) artikuliert. Formalisierte Demokratietheorien bieten keine normativen Standards, die verhindern könnten, bevorzugte politische Partizipation von Wirtschaftslobbys sicherzustellen, Freiheit als unbeschränkte Freiheit des Marktes zu interpretieren und Machtbegrenzung der Regierung mit Nichtintervention in kapitalistisch organisierte Ökonomie gleichzusetzen (Crouch 2008, 10, 20). Selbst die für westliche Demokratien zentralen Vorstellungen pluralistischer politischer Öffentlichkeit haben angesichts der Oligarchisierung globaler Medienmacht nachdrücklich Einbußen hinzunehmen. Mit diesen Mängelbefunden werden theoretische Suchbewegungen initiiert, die nicht selten in die Archive politischer Ideen zurückführen und tote oder tot geglaubte Klassiker (dann und wann selbst Klassikerinnen) wiederentdecken. Auf den „Schultern von Riesen“¹ wird neues Theorienland erschlossen. Derartiges Zusammenwirken von Wiederaneignung und Weiterentwicklung ereignet sich gegenwärtig im Bereich der Demokratietheorien.

Demokratietheorien haben das komplexe Austarieren von demokratischen Idealen und Werten mit Liberalismus und Kapitalismus zum Gegenstand (Macpherson 1977/1983, 10). Die jeweilige Balance dieser an sich widersprüchlichen Anforderungen hat sich als eine historisch kontingente Form unter dem Begriff „liberale Demokratie“ etabliert (Crouch 2008, 9f.) und dabei nationalstaatlich unterschiedliche Ausformungen, aber auch entsprechend unterschiedliche Weiterentwicklungen erfahren. Dies ist nicht immer als demokratischer Fortschritt zu werten, sehr wohl aber als Fortgang mit Höhen und Tiefen. Die Fortschrittsgeschichte bürgerlicher Demokratien wurde durch wiederkehrende politisch-autoritäre Intermezzi gefährdet oder überhaupt in Frage gestellt. Der Ost-West-Konflikt begünstigte einen Gestus absoluter Überlegenheit westlicher Demokratien, der sich zudem mit einem Minimalkonzept von Demokratie begnügen konnte. Klassische Demokratieanalysen fokussierten meist auf die kurzen Momente demokratischer Konjunkturen, blendeten hingegen rezessive Demokratieentwicklungen aus. Damit begründeten sie zwar Schönwettertheorien von Demokratie, vermochten jedoch nicht auch unlautere Spiele mit Demokratie oder gar (antidemokratische) Gegenentwicklungen aufzudecken und angemessen zu theoretisieren. Seit dem Ende der System-Konfrontation gilt das liberale Demokratiemodell als alternativlos. Doch der Siegeszug westlicher Demokratie bleibt zweifelhaft. Die Demokratisierung der ehemals staatssozialistischen Länder ging nicht nur schleppend voran, sondern führte zudem nicht zu den erwarteten idealtypischen Demokratien. Zunehmend wurde auch praktisch klar, dass die Reduktion von Demokratie auf ein Wahlregime kein ausreichendes Bestimmungsmerkmal für Demokratie sein kann. Während die einen damit beschäftigt sind, Typen „defekter Demokratien“ (Merkel 1999) zu konstruieren oder Maßsysteme für Demokratiequalität zu entwickeln, nehmen andere einen grundlegenderen demokratietheoretischen Nachholbedarf wahr. Es ist nicht mehr möglich, Demokratiedefizite nur bei „anderen“ zu suchen. Vielmehr sind Problemlagen in demokratischen Kernländern zu thematisieren. Rechtspopulismus, Neokonservatismus und Neoliberalismus erwiesen sich gerade in den vergangenen Jahrzehnten als durchaus komplementäre Kräfte riskanter Demokratieschwächung. Selbst etablierte westliche Demokratien unterliegen nun der Ausdünnung demokratischer Strukturen und der Entleerung demokratischer Prozesse. Die demokratietheoretische Herausforderung besteht gegenwärtig im konzeptionellen Einholen solcher Prozesse der *Entdemokratisierung*.

In diesem Beitrag geht es daher darum, verschiedene Versuche theoretischer Erfassung von Mechanismen und Effekten der Entleerung (oder gar Zurückdrängung) von Demokratie, dadurch ausgelöste ideenhistorische Suchbewegungen und konzeptuelle Innovationen nachzuzeichnen, um an ihren Beispielen Wege und Bedingungen rezenter Theorieentwicklung zu erfassen. Als

geeignete Kriterien der Beurteilung der Angemessenheit politischer Theorien erachten wir ihre Erklärungs- und Praxisrelevanz. Straßenberger und Münkler (2007, 52) begreifen den Anspruch politischer Theorien der Moderne als „intervenierendes Denken im Interesse menschlicher Emanzipation und gesellschaftlicher Befreiung“. Dementsprechend erfolgt unsere Analyse entlang einer rekonzipierten Ideologiekritik.

Ideologie ist dabei in ihrer wissenschaftsprägenden Bedeutung, aber auch als gesellschaftliches Deutungsangebot zu entschlüsseln. In erweitertem und aktualisiertem Sinn begreift Stuart Hall (2004, 10) Ideologie als „die mentalen Rahmen – die Sprachen, Konzepte, Kategorien, Denkbilder und Vorstellungssysteme –, die verschiedene Klassen und soziale Gruppen entwickeln, um der Funktionsweise der Gesellschaft einen Sinn zu geben, sie zu definieren, auszugestalten, verständlich zu machen“. Dieser Modus der Konzeptualisierung des Ideologischen als „Denkformen“ hat nicht nur in gesellschaftlichen Transformationssystemen, sondern erst recht in „ermüdeten“ westlichen Demokratien Relevanz. Der Demokratiediskurs scheint davon in besonderer Weise betroffen. Demokratietheorie ist notwendig selbst ideologisch – aber nicht notwendig antiemanzipatorisch. Der ideologiekritische Anspruch an Demokratietheorie ist es, demokratische Weiterentwicklung zu fördern und in diesem Sinne praktisch-ideologisch zu wirken. Demokratiethoretische Auseinandersetzungen sind immer auch Deutungskämpfe und somit selbst als Teil demokratischer Praxis zu entschlüsseln. Die Pfade der Theoriebildung und ihre Fähigkeit, aktuelle Probleme von Demokratie zu bearbeiten, ermöglichen auch Rückschlüsse auf den gegenwärtigen Entwicklungsstand von Demokratie.

Ideologiekritik aktualisiert: Fundamente erneuerter Demokratietheorien

Demokratische Gesellschaften sind zugleich „politische Gesellschaften“ (Greven 1990, 224f.), in denen „die Natur ihr Recht und die Herrschaft ihre Geheimnisse verloren“ haben. Spezifikum politischer Gesellschaft ist ihre Bereitschaft zu kritischer Reflexion, die zunehmend von der Klasse der ExpertInnen usurpiert wird. Wer über die Sprache der Theorie verfügt, verfügt über ein Instrument der Macht (Bhabha 2000, 31). Doch „politische Reflexion findet keinesfalls ausschließlich im Philosophenreservat statt“ (Kersting 1999, 50). Demokratiethoretische Überlegungen sind nicht auf exklusiv akademische ExpertInnendiskurse einzugrenzen. Vielmehr sind sie um „naive Theoretisierungen“ von Demokratie anzureichern. Politisches Denken ist immer teilnehmend und parteiisch.

Wie an der globalen Praxis der Neuen Frauenbewegung oder an ökologischen, menschenrechtlichen und globalisierungskritischen Bewegungen dokumentierbar, sind zahlreiche Innovationen politischen Denkens und Handelns gerade in Kontexten lokaler oder auch transnationaler Bewegungen entstanden. Orte, an denen erfahrungsgesättigte (Demokratie-)Theorien entstehen, gibt es also überall, sie sind unterschiedlich und vielfältig. Es ist darum nicht zwingend, dass nur oder gerade zentrale Orte und Medien des Akademischen anspruchsvolle Theoretisierungen hervorbringen. Doch „naive Theorien“ entstehen nicht nur aus demokratisch-reflexiver Praxis, sondern umfassen auch Common-Sense- und Alltagstheorien, die ihrerseits durchaus hegemoniale gegendemokratische Denkweisen inkludieren. Demokratiereflexion ist somit als soziale Praxis, als Feld gesellschaftlicher Kräfte sowie politischer Kämpfe, zu begreifen und auch zu praktizieren. Demokratietheorie ist zum Deutungskampf um Alltags-Demokratie auszuweiten.

Ogleich der Fokus dieses Artikels auf „westlichen“, akademischen ExpertInnendiskursen um Demokratie liegt, bildet dennoch – oder gerade deshalb – der selbstreflexive Umgang mit

Wissen um politisch-praktische Relevanz eigener theoretischer Tätigkeit einen wichtigen Prüfstein für Demokratietheorien. Kritisch-reflexiver Umgang mit Theorie umfasst die Fähigkeit und Bereitschaft, auf reale Veränderungen von Demokratien angemessen einzugehen und den Schutzwahl von Endgültigkeit und Vollständigkeit eines geschlossenen Theoriengebäudes aufzugeben. Darüber hinaus muss Theoriearbeit auch sich selbst zum Gegenstand machen. SozialwissenschaftlerInnen sind keinesfalls dazu ermächtigt, „gesellschaftliche Akteure zu objektivieren, zu passivieren und unter dem Gesichtspunkt zu interpretieren, ob sie emanzipationsgeleitet handeln“ (Demirovic 2004, 489).

Als geeignetes Instrumentarium zur Analyse rezenten Demokratiedenkens und Demokratielebens erscheint uns daher eine rekonzipierte Ideologiekritik, wie dies Rahel Jaeggi (2009) für die politische Philosophie ausgeführt hat. Doch in der Politikwissenschaft ist Ideologiekritik als erkenntnisleitendes Verfahren – ob in hegelianisch-idealistischer, klassisch-marxistischer oder in neomarxistischer Diktion – immer noch „marginalisiert“ (Buchstein/Jörke 2007, 34). Demgegenüber verteidigen Hartmut Rosa und Ulrich Willems (1999, 466, Hervorh. i. Orig.) mit Nachdruck ihre Einsicht, dass „das Konzept der Politikwissenschaft als Ideologiekritik kein abgelegtes historisches Relikt des Kalten Krieges“ sei. Sie betrachten „eine neue ‚ideologische‘ und *ideen-logische* Analyse der die gegenwärtigen sozialen Entwicklungsprozesse steuernden, sedimentierten normativen Muster und Güterordnungen [als] vielleicht [...] dringlichste Aufgabe zeitgenössischer politischer Theorie und Sozialphilosophie überhaupt“. Um „Ideologiekritik als eine Form der Sozialkritik“ (Jaeggi 2009, 266) zu revitalisieren, bedarf es konzeptueller „Neubestimmung“, die „theoretische Schwächen“ (Hall 2004, 9) sowie „normativistische“ Fallen traditioneller marxistischer Ideologiekritik sichtbar macht und sich zudem auf globalisierte sowie neoliberalisierte Verhältnisse von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik der Gegenwart anwenden lässt. Solcherart reformulierte Ideologiekritik eröffnet (zusätzliche) Erklärungs- und Anwendungsqualitäten.

Um das analytische Potenzial von Ideologiekritik auszuschöpfen, gilt es über einen Ideologiebegriff zu verfügen, mit dem die soziale Praxis von Demokratireflexion und Demokratieleben erfasst und letztlich auch bewertet werden kann. Terry Eagleton (1993, 9) macht zwei Traditionslinien in der Debatte um Bedeutungen von Ideologien aus. Demnach steht der Vorstellung von Ideologie als „Illusion, Verzerrung und Mystifikation“ ein kritischer Blick auf „gesellschaftliche Funktionen“ von Ideologien gegenüber. Beide laufen in der marxistischen Tradition zusammen. Eagletons Annahme produktiver Vermittlung zwischen erkenntnistheoretischen und wissenschaftssoziologischen Perspektiven fühlt sich auch dieser Text verpflichtet. Ideologien sind wahr und falsch zugleich. Sie sind „verkehrende“ Darstellungen der „wirklichen Welt“ (Althusser 1973, 148), in denen „das Wahre und das Unwahre [...] verschränkt“ (Adorno 1972, 465) sind. Sie sind Deutungsangebote, die politische und gesellschaftliche Wirklichkeiten zu stabilisieren oder aber auch zu verändern vermögen.

Die Wirklichkeit selbst scheint auf eine Weise falsch zu sein, die das falsche Verstehen nahe legt, sodass der Umstand, dass wir falsch verstehen, so etwas wie ein Indikator dafür ist, dass die Verhältnisse falsch sind. (Jaeggi 2009, 276)

Zu wahr und falsch als epistemisches Problem gesellt sich somit richtig und falsch als normatives Problem. Ideologien repräsentieren spezifische Weltansichten, die auch politisches Handeln anleiten. Ideologiekritik enthüllt deren normative Festlegungen. Politische Theorien generieren Normen, Ideologiekritik hingegen demaskiert deren Nichteinhaltung oder verborgene Wertvorstellungen.

Sie beansprucht, Analyse und Kritik des Bestehenden in einem zu sein. Ideologiekritische Analysen legen innere Widersprüche frei; sie wollen sie verstehen, müssen sie aber auch bewerten (ebd., 280). Trotz ihres erkenntnisprogrammatischen Anspruchs, „nichtnormative“ Kritik auszuüben, zeitigt Ideologiekritik normative Wirkungen, und zwar gerade indem sie sich der Aussagen darüber enthält, wie die Verhältnisse „sein sollen“ (ebd., 267, 277).

Für Ideologiekritik als Methode unserer Demokratietheorieanalyse spricht zum einen ihre außergewöhnliche Verankerung zwischen normativen und antinormativen Denk- und Verhaltensmustern, zum anderen aber auch ihr zwingender Fokus auf Gesellschafts- und Herrschaftskritik. Der Ideologiebegriff „verweist [...] nicht nur auf Wertsysteme, sondern auch auf *Machtfragen*“ (Eagleton 1993, 12, Hervorh. i. Orig.). Ideologiekritik beansprucht also, eine „eigenständige Art von Normativität“ zu sein – nämlich „Second-order-Normativität“: Aus diesem Verständnis wäre Ideologiekritik charakterisiert durch eine Normativität, die konstruierte und perspektivische Setzungen explizit macht und soziale Praktiken und Institutionen als veränderbar ausweist (Jaeggi 2009, 281). Doch Ideologieverdacht kann auch als intellektuelle und wissenschaftliche Herrschaftsform instrumentalisiert werden. Eine rekonzipierte Ideologiekritik muss das „Totalisierende“ von Ideologie und Ideologieverdacht gleichermaßen überwinden. Ambivalenzen lassen sich niemals durch Austausch des angeblich Falschen durch das vermeintlich Richtige erledigen; sie sind stets sichtbar und nachvollziehbar zu machen. Ideologiekritik ist darum nicht nur als Kritik von Ideologien, sondern auch als Kritik gesellschaftlicher Praxen zu sehen, „die mittels Ideologie aufrechterhalten bzw. durch diese konstituiert“ werden (Jaeggi 2009, 277). Nicht nur Unwahrheiten oder Fehltritte in epistemischer Hinsicht, auch (de-)emanzipatorische Implikationen gilt es, mittels Ideologiekritik aufzuzeigen. Sowohl die wissenschaftliche Sicht wie auch die soziale Wirklichkeit sind einer Veränderung zu unterziehen (ebd.).

Es gibt kein „voraussetzungsloses Denken“, also „ist unser gesamtes Denken als ideologisch zu bezeichnen“ (Eagleton 1993, 10). Doch „erfolgreiche Ideologien müssen mehr sein als nur verordnete Illusionen“ (ebd., 23). Sie entstehen aus komplexen Diskurspraktiken im Kontext gesellschaftlicher Machtstrukturen. Wenn herrschende Verhältnisse „die Köpfe der Massen ergreifen“, wirken Ideen zweifellos nicht anders als „materielle Gewalt“ (Hall 2004, 10). Umgekehrt aber können „Ideen die Köpfe der Massen ergreifen und sie zur Tat bewegen“ (ebd., 11). Also vermag Ideologiekritik gesellschaftliche Verhältnisse aufzudecken, die es realer Herrschaft ermöglichen, sich auch gegen den Willen und gegen die Interessen der Menschen durchzusetzen. Eine angemessene Theoretisierung der demokratischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte muss somit selbst ein Stück weit Ideologiekritik sein. Sie muss sich aber auch entlang eigener Ideologieproduktion beurteilen lassen. Zudem ist ihre Stellung im diskursiven Feld einzuschätzen, auf dem Deutungskämpfe um Demokratie geführt werden, was wiederum selbst ideologiekritischer Hinterfragung bedarf.

Waren es vor einiger Zeit noch einzelne politische DenkerInnen, dann soziale Bewegungen und andere zivilgesellschaftliche Formationen, die (kritische) Diskurse um Demokratie prägten, so hat im Laufe des vergangenen Jahrzehnts eine Verschiebung hin zu theoretisch verkürzten Perspektiven von Meinungs- und Medienexperten oder kommerziellen Politikberatern stattgefunden (vgl. Kreisky 2007): Industrialisierung und Kommodifizierung von Demokratiedebatten lassen sich konstatieren. Damit hat sich auch der Fokus der Demokratiereflexion verschoben. Es wird vor allem auf Praktikabilität von Demokratie für wirtschaftliche und politische Eliten gesetzt, was auf zunehmende Plutokratisierung demokratischer Regime hinausläuft. Lediglich der Output des demokratischen Prozesses und seine Effizienz gelten als Erfolgskriterien. Die Politikwissenschaft, die sich dereinst primär über ihr „aufklärerisches“ Verhältnis zu Demokratie und über

ihre Kritik an nicht eingelösten demokratischen Versprechen definierte, sich darum als „Demokratiewissenschaft“ (Bermbach 1984, 13, 15) deklarierte, übt sich in demokratietheoretischer Abstinenz. Dementsprechend scheint politikwissenschaftliche Demokratietheorie weitgehend auf dem damaligen Level des ideenhistorischen Main-(und Male-)Streams und eines positivistischen Theorieverständnisses eingefroren. So zieht sich auch das Wehklagen um die fehlende einheitliche, in sich geschlossene Demokratietheorie durch die Geschichte der Disziplin und signalisiert zudem theoretische Stagnation.

Kompromisse in der praktischen Politik schienen Robert A. Dahl (1956/1976, 4) akzeptabel, in der politischen Theorie hingegen waren sie ihm suspekt, zumal sie „nur Kitt in einer Anzahl Risse“ sind, die „nicht ganz [zu] verbergen“ sind. Weil es keine „geschlossene Theorie demokratischer Politik“ gebe, würde keine der gängigen Demokratietheorien „befriedigen“. Drei Jahrzehnte später „personalisierte“ Giovanni Sartori (1992, 11) das Theorieproblem von Demokratie ähnlich: „[E]s gibt keinen überragenden einzelnen Autor zur Demokratie“, um dann aber zu resümieren, dass „in den vergangenen Jahrzehnten eine maßgebliche Theorie der Demokratie immer mehr verlorengegangen ist“, ja es gar zur „Zerstörung der maßgeblichen Demokratietheorie“ gekommen sei (ebd., 12). Zwischen den Feststellungen von Dahl oder Sartori und unserem gegenwärtigen Ausgangspunkt ideologiekritischer Analyse der Bedingungen der Demokratietheorie-Weiterentwicklung sind fünf bzw. drei Jahrzehnte vergangen, aber die Problemlagen politikwissenschaftlicher Theoriebildung scheinen nach wie vor ähnlich. Auch wenn wir heute nicht mehr denselben rigiden *positivistischen* Begründungszwängen unterliegen, wird immer noch Theorie in einem „positivistischen“ Verständnis angewendet, „als Bündel stationärer, bereits vollkommen festgelegter Argumente und Aussagen [...], die gebrauchsfertig nur noch an der und gegen die ‚reale‘ Welt getestet werden müssen“ (Harvey 2007, 82).

Als „positive Demokratie“ gelten in aller Regel das Wahlregime sowie maßgebliche Institutionen der Repräsentativdemokratie. Sie allein werden als Institutionen der Volkssouveränität wahrgenommen, während „weichere“ Formen von Partizipation in Demokratietheorien selten berücksichtigt werden (Rosanvallon 2008, 14). Denn in den Massengesellschaften des 20. Jahrhunderts sei „die partizipative Komponente [...] zu einem Ballast des Demokratiebegriffs“ (Buchstein/Jörke 2003, 474) geworden. Viele der neueren Demokratietheorien reservieren den Raum des Politischen und der Politik zunehmend für gesellschaftliche Eliten. Sie sollen den Bereich des Demokratischen „um der Rationalität der Politik willen“ beschränken (ebd., 475). Es wird auf Demokratietechniken fokussiert, und Begriffe wie Problemlösung, *good governance*, politische Produktivität, Gerechtigkeit als faires Verfahren, Evaluierung, Qualitätsmanagement, Expertisen usw. sind Ankerbegriffe dieser Demokratiedebatte. Hinzu kommt stärkere Professionalisierung des Demokratiediskurses: Nicht länger BürgerInnen sind es, die sich der Demokratiedebatte annehmen, sondern im exklusiven Biotop von ExpertInnenkulturen werden Momente partizipativer Demokratie „messbar“ gemacht, und so erscheint selbst das liberale Phantasma von Demokratie „realistisch“ (ebd., 482). Reale Partizipation wird als „schlechte“ Normativität“ diskreditiert und bestenfalls in „kleinen Beteiligungsöasen“ (ebd., 484) gehegt.

So diagnostizieren Buchstein und Jörke den politikwissenschaftlichen Status des Demokratischen zu Beginn des 21. Jahrhunderts als „Demokratietheorie ohne Demokratie“ (ebd., 485). Was in Demokratietheorien also fehlt, ist Demokratie im Sinne einer kollektiven Praxis (vgl. ebd., 480), die sowohl demokratisches Handeln wie auch Demokratietheoretisieren umfasst. Dies würde für selbstreflexive Theoriebildung bedeuten, sich nicht primär aus dem gebrauchsfertigen demokratietheoretischen Baukasten zu bedienen, sondern Theorie „von unten her“ zu entwickeln, möglichst von den Betroffenen, von den sozialen Phänomenen und politischen Problemen des

Alltags auszugehen (Harvey 2007, 91). Demokratietheorie sollte verstanden und praktiziert werden „als eine sich entwickelnde Argumentationsstruktur, die sensibel ist für Konfrontationen mit der komplexen Art und Weise der Einbettung sozialer Lebensprozesse“ (ebd.).

Die Möglichkeit eines Zugangs zu demokratiethoretischen Überlegungen, die von neueren Phänomenen von Demokratietransformation ausgehen, bestünde (auch) in der Politikwissenschaft, weil der Begriff „Demokratie“ diesen theoretischen Möglichkeitsraum offenhält. Demokratie erweist sich als Container-Begriff, der gesellschaftliche Wertvorstellungen, aber auch Emotionen – positiver wie negativer Art – transportiert. Der Demokratiebegriff hat auch performative Merkmale und verweist damit auf offene gesellschaftliche Prozesse. Er ist ein umkämpfter Begriff, der dennoch nie aus der politikwissenschaftlichen Forschung verschwunden ist, oder durch andere Begriffe „als Beschreibungskategorie für politische Systeme abgelöst“ (Buchstein/Jörke 2003, 471) wurde. Am Demokratiebegriff wurde festgehalten, weil „es Aspekte an ihm gibt, die es verschiedenen Akteuren zu unterschiedlichen Zeiten immer erneut sinnvoll erscheinen ließen, sich in ihren rhetorischen Strategien auf ihn zu berufen“ (ebd.). Die damit angesprochenen *semantischen Transformationen* des Demokratiebegriffs, die ihn für ein rigides Theorieverständnis so schwer handhabbar machen, sind jedoch nicht zu trennen von *realen gesellschaftlichen Transformationen*, die den eigentlichen Ausgangspunkt für Theoretisierungen von Demokratie und Demokratieentwicklung bilden (müssten).

Wahrnehmungen und Konzeptualisierungen von Demokratieschwächung

Lange Zeit wurde lediglich zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien unterschieden. Demokratien waren hauptsächlich westliche Industriestaaten. Erst mit weltweiter Zunahme formal-demokratischer Staaten erschien es notwendig, auch zwischen unterschiedlichen Niveaus von Demokratiequalität zu unterscheiden (Campbell/Barth 2009, 213). Dennoch bleibt die Wahrnehmung demokratieschwächender Tendenzen speziell in westlichen Staaten bzw. „alten Demokratien“ vage. Hatten diese nach dem Zweiten Weltkrieg eine Hochphase einigermaßen egalitärer Demokratie erlebt, so fiel nun der „Systemwechsel“ im Osten genau mit der Rückbildung westlicher Demokratien zusammen. Der Demokratiebegriff, an dem Transformationsstaaten sich auszurichten hatten, war ein normativ abgespeckter. Der Korpus der Demokratietheorie hatte schon in den 1950er- und 1960er-Jahren eine Entwicklung genommen, die darauf zielte, ein (möglicherweise unerreichbares) Ideal von Demokratie zu vermeiden und stattdessen die demokratische Praxis der USA oder Großbritanniens zur (idealen) Demokratie zu stilisieren.

Demokratie in dieser Fassung ist formalisiert und verkürzt: politische Partizipation durch Wahlen, politische Rechte und Freiheiten der BürgerInnen, rechtsstaatliche Institutionen, Machtbegrenzung der Regierung durch institutionelle Kontrollverfahren und demokratische Öffentlichkeit. Ihre tatsächliche Ausgestaltung und ihr Einsatz in demokratischer Praxis und Politik bleiben unbestimmt, zumal diese als Besonderheiten nationalstaatlich definierter politischer Kulturen betrachtet werden.

Mittlerweile gibt es Befunde zum prekären Zustand aktueller Demokratien, die dem Gefühl Ausdruck verleihen, dass mit dieser Art von Demokratie etwas nicht stimmen kann. In Anlehnung an Jacques Rancières (2002, 105) Begriff der „Post-Demokratie“ bündelt Colin Crouch (2008, 13) Abweichungen demokratischer Praxis vom partizipatorischen Demokratieideal zum postdemokratischen Syndrom:

Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind (und heute sogar in vielerlei Hinsicht weiter ausgebaut werden), entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für vor-demokratische Zeiten.

Zwar sind alle formalen Bestimmungsmomente liberaler Demokratie erfüllt, dennoch bestehen erhebliche Diskrepanzen zum ursprünglichen Versprechen von Demokratie als Selbstregierung freier und gleicher BürgerInnen. Dieses Versprechen ist Programm seit dem 18./19. Jahrhundert. Doch niemals in der Geschichte des Westens gab es Demokratie „in Vollendung“, immer befand sie sich „im Werden“, stets fanden sich Demokratiedefizite sowie Demokratiedefekte. Demokratieentwicklung ging somit immer mit enttäuschten Hoffnungen einher, war aber auch von permanenter Kritik begleitet.

Mit dem Konzept der „counter-democracy“ verweist Pierre Rosanvallon (2008, 2) auf Transparenz, Veto- und Widerspruchsrechte sowie vielfältige Formen rechtlicher Kontrollverfahren als Garantien der Realisierung von Volkssouveränität. Genau diese „unsichtbaren Institutionen“ finden im liberalen Demokratiekonzept keine Berücksichtigung. Veränderungen der letzten Jahre, die mit steigender Konsumhaltung und Entpolitisierung der BürgerInnen assoziiert werden (ebd., 253f.), fanden in diesem Bereich statt – genauer: in den Praktiken, „by which society exerts pressure on its rulers“ (ebd., 290). Zur Analyse von Demokratieentwicklung reicht es daher nicht, nur Institutionen repräsentativer Demokratie zu betrachten. Die Analyse sei vielmehr auf drei Dimensionen zu erweitern, die zusammen ein politisches System ausmachen: Das Wahl- und Repräsentationsregime stellt den institutionellen Rahmen her; die Institutionen der Counter-Democracy ermöglichen vitale Partizipation; darüber hinaus vermitteln Verfahren politischer Reflexion sowie Deliberation ideologische Orientierungs- und Deutungsangebote, die gesellschaftliche Verankerung demokratischer Praktiken sicherstellen (ebd., 314).

Demokratieentwicklung ist niemals ein linearer Prozess der Verwirklichung von Demokratie (ebd., 250), sondern wird immer wieder durch „rückläufige“ Tendenzen, Demokratieentleerung und Phasen der Entdemokratisierung, durchbrochen. Diese Dynamik demokratischer Konjunkturen ist nur zu entschlüsseln, wenn Demokratie als offener sozialer und politischer Prozess verstanden wird. Alex Demirovic (1997, 19) definiert Demokratie als „komplexes Kampffeld, auf dem sich soziale Gruppen [...] um die richtige Form der Demokratie streiten“. Dementsprechend sind Phasen der Demokratieentwicklung als vorübergehende Fixierungen dieses Kampfesgeschehens zu interpretieren. Demokratie ist als „ein durch Verfahren gehegter und auf Dauer gestellter unfriedlicher Zustand zwischen gesellschaftlichen Gruppen“ (ebd.) zu bestimmen, wodurch Balance zwischen unterschiedlichen Interessen, Positionen und Kräften erzielt werden kann. Aktuelle Demokratieentwicklungen deuten darauf hin, dass einige der Nachkriegskompromisse, die fragile Balance zwischen Demokratie, Liberalismus und (sozialstaatlich gebändigtem) Kapitalismus gebildet hatten, aus dem Lot geraten sind.

Während Colin Crouch und Pierre Rosanvallon von empirischen Phänomenen des Demokratieverfalls ausgehen und diese erst dann in neue theoretische Konzepte überführen, gibt es andere, eher philosophisch angedachte Zugänge, die Demokratieschwächung als Theorieproblem verorten und auf Verkürzungen der Demokratietheorien zurückführen. Chantal Mouffe (2008) und Jacques Rancière (2002) beziehen sich auf klassische Konzeptualisierungen von Demokratie und Politik, um neuere Theoretisierungen infrage zu stellen. Beiden konzeptuellen Strängen ist Kritik an Theorien gemeinsam, die Konsens zum Wesen des Demokratischen erklären. Damit stellen sie harmonisierende Tendenzen „liberaler Demokratie“ infrage.

Liberalismus und Demokratie: Ein ambivalentes Verhältnis

Grundsätzlich ist Identifizierung von Demokratie mit Liberalismus nicht so selbstverständlich, wie das in der Formel von der liberalen Demokratie anklingt. Liberale Demokratiekritik war stets damit befasst, die Herrschaft des Volkes im Zaum zu halten, und sah in totalitären Regimen nichts anderes als das Ergebnis demokratischen Wildwuchses, das „durch den vernünftigen Einsatz eines verfassungsimmanenten Herbizids verhindert werden kann, das zu gleichen Teilen aus persönlicher Freiheit, Naturrechten, Privateigentum und kapitalistischer Marktwirtschaft besteht“ (Barber 1994, 65). Diese „magere Demokratie“ trägt aber ihre eigenen Pathologien in sich, nicht zuletzt deshalb, weil die abstrakt formulierte, idealtypische Demokratie eine theoretische Perfektion darstellt, die sich in der wirklichen historischen Welt als mangelhaft erweist (ebd., 71). Liberalismus setzt „Autonomie des Politischen in einer sehr starken Form voraus“, er „arbeitet mit der Annahme, dass es möglich ist, das politische Leben auch dann in einer demokratischen Form zu organisieren, wenn dies auf der Grundlage sozioökonomischer und soziosexueller Strukturen geschieht, die systemische Ungleichheiten erzeugen“ (Fraser 2001, 125f.). Er bildet das theoretische Terrain für Paradoxa des Politischen, die in der metapolitischen Opposition zwischen formeller und wirklicher Demokratie (Rancière 2002, 105) wurzeln: Demokratisches Wahlregime bei undemokratischen sozialen Alltagspraktiken (Narr/Naschold 1971, 11), Beteiligung an Politik ohne reale Entscheidungs- und Gestaltungsmacht, Entpolitisierung im Sog antipolitischer Ambitionen politischer und ökonomischer Eliten.

Im liberalen Denken sind Freiheit und Gleichheit nur in ihrer abstrakt gehaltenen Begrifflichkeit gleichwertige Voraussetzungen für Demokratie. Als praktisches Erfordernis jedoch entsteht eine Schiefelage zugunsten der Freiheit derer, die sie leben können. Historisch waren gerade liberale Demokratiekritiker Erfinder der ersten demokratischen Verfassungen, in denen sie ihr tiefes Misstrauen gegen politische Macht und potenziellen Machtmissbrauch in institutionelle Formen gossen (Macpherson 1967, 13ff.; Rosanvallon 2008, 6). So begründete politischer Liberalismus zentrale politische Institutionen, nicht zuletzt Rechtsstaatlichkeit und Parlamentarismus, die unabdingbare Voraussetzungen demokratischer Partizipation sind. Doch in diesen Institutionen kommen auch grundlegende Vorbehalte gegenüber Demokratie zum Ausdruck. Rancière (2006, 2) verdeutlicht dies am Beispiel der US-amerikanischen Verfassung, die angelegt ist „to get the most possible out of the fact of democracy, all the while strictly containing it in order to protect two goods taken as synonymous: the government of the best, and the preservation of the order of property“. Hier trifft sich aristokratisches Elitedenken mit wirtschaftlich-liberalen Idealen. Wirtschaftsliberalismus fordert Marktfreiheit, die politische Interventionen in das Wirtschaftsgeschehen delegitimieren und Freiheit von Politik und Staat zur Voraussetzung von Demokratie machen. Die Zusammengehörigkeit von Kapitalismus und Demokratie wurde in der Folge zu einem politischen Narrativ gefügt.

Phänomene der Demokratieschwächung

Liberale Demokratie als selbstgenügsames Institutionengerüst und als positivistisches Denkmodell ist somit eine ideologische Formel, die zwei Identitäten herstellt: Eine Identität von Demokratie und Liberalismus wird unterfüttert von unterstellter Identität von Demokratie und Kapitalismus. Setzt Erstere Regeln und Restriktionen für politische Partizipation, so verbannt Zweitere sozio-ökonomische Lebenszusammenhänge aus dem Bereich des Politischen. Der traditio-

nellen marxistischen Kritik fiel es daher leicht, die Institutionen formaler Demokratie als verdeckte Klassenherrschaft zu dechiffrieren und politisch den Weg für Forderungen nach konkreter und lebbarer Gleichheit zu bereiten (Rancière 2006, 3). Demokratische Nachkriegskonstellationen in Europa stellten historische Kompromisse zwischen liberaler und marxistischer Kritiktradition und zugleich zwischen konservativen und sozialdemokratischen Forderungen dar. Diese Phase westeuropäischer Demokratieentwicklung nennt Crouch (2008, 14) den „Augenblick der Demokratie“. Die fordistische Demokratie-Markt-Balance, basierend auf einer Ökonomie von Massenproduktion und Massenkonsum, stellte einen sozialen „Kompromiss zwischen den Interessen der kapitalistischen Wirtschaft und denen der arbeitenden Bevölkerung“ (ebd., 15) dar. Der Marktwirtschaft konnte ein soziales Antlitz („soziale Marktwirtschaft“) gewährt werden. Sozialstaatliche Abfederungen erhöhten das Maß lebbarer Gleichheit, und „Demokratisierung aller Lebensbereiche“ war zumindest zeitweise Programm. Damit vermehrten sich die Arten und Orte des Politischen – Straße, Fabrik, Universität (Rancière 2002, 7) wurden, neben dem und in Opposition zum Parlament, zu Institutionen demokratischer Partizipation. Noch in den 1970er-Jahren, im auslaufenden Fordismus also, konnte Hoffnung genährt werden, den Einlösungen demokratischer Versprechungen näher zu kommen. Doch zeitgleich begannen politische und ökonomische Krisen und Krisenrhetoriken die Oberhand zu gewinnen. Die fragile Balance geriet ins Wanken und Neoliberalismus als radikalisierte Form eines Wirtschafts- und Marktliberalismus wurde hegemonial.

Phänomene sich abzeichnender Entdemokratisierung sind zu einem Gutteil Umbauten von Politik und Staat unter neoliberaler Hegemonie: Alle möglichen Lebenswelten werden kommerzialisiert und ökonomisiert (Bröckling 2007, 88), bislang öffentliche Güter werden kommodifiziert, in Geld bewertet und über Märkte verhandelt; staatliche Gewalt wird (re-)privatisiert; demokratische Freiheit wird auf Markt- und Handelsfreiheiten ausgerichtet. Unversöhnlichkeiten zwischen demokratischer Handlungslogik und jener des Marktes wurden vorerst zugunsten der Marktlogik entschieden. Neoliberale Marktgläubigkeit wird als „Sachzwang“ in öffentliches Bewusstsein eingeschrieben, um sich nicht als „interessengeleitetes Handeln“ zu outen, sondern als „unausweichliches Wirken anonymer Kräfte“ zu erscheinen (Gerlach 2000, 1055). Alternative Orte des Politischen verschwinden und an traditionellen Orten der Beratung und Entscheidung (Parlament, Staatsapparat, Höchstgerichte) „breitet sich [...] die resignierte Meinung aus, dass es wenig zu beraten gibt, sich die Entscheidungen von selbst aufdrängen und die eigentliche Arbeit der Politik nichts anderes wäre als die punktuelle Anpassung an den Weltmarkt und die ausgewogene Verteilung des Profits und der Kosten dieser Anpassung“ (Rancière 2002, 8).

Postdemokratie: Abschied von aktiver BürgerInnenschaft

Mit der Bezeichnung „Post-Demokratie“ wollte Jacques Rancière (2002, 105) auf Paradoxa im herrschenden Diskurs über Demokratie aufmerksam machen. Der Sieg liberaler Demokratie bedeute auch Triumph formeller über wirkliche Demokratie, liberaler Positionierung über marxistische. Dennoch führte dieser Sieg nicht „zur Verstärkung der Bindung an die institutionellen Gliederungen der Volkssouveränität“ (ebd., 106), sondern zu „einer spürbaren Erkaltung der Liebe zu diesen Formen“ (ebd., 107). Der Demokratiediskurs habe scheinbar die marxistische Trennung von Form und Inhalt übernommen und sich ganz dem Inhalt – dem soziologisch interpretierten Volk und der Ökonomie – verschrieben. Die formellen Orte des Politischen hingegen als spezifische Erscheinungssphäre des Volks als Demos würden verschwinden (ebd., 110). De-

mokratie sei die Weise der Subjektivierung der Politik (ebd., 108), bringe also den Demos hervor, politische Akteure und Kollektive, die nicht-identitäre Subjekte sind und die einen politischen Streit austragen. Postdemokratie hingegen sei eine „Demokratie *nach* dem Demos“ [...] „Sie ist die Praxis und das Denken einer restlosen Übereinstimmung zwischen den Formen des Staates und dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse.“ (ebd., 111, Hervorh. i. Orig.) Charakteristisch für postdemokratische Praxis sei die Gleichsetzung von demokratischer Meinung mit Umfragen und Simulationen (ebd., 112), ein Rechtssystem und juristische Praxis, die jeden Einzelfall vorwegnehmen, jeden politischen Streit in ein rechtliches Problem umwandeln (ebd., 119), sowie ein „bescheidener“ Staat, der sich legitimiert, „indem er die Politik für unmöglich erklärt“ (ebd., 120) und seine Verwaltungspraxis den Zwängen des Weltmarkts unterwerfe (ebd., 122). Anstelle des politischen Streits trete Konsens, der jedoch in Ermangelung politischer Subjektivierung eine Gemeinschaft erzeuge, die vollständige Identität von Volk und Bevölkerung meine und dadurch neue Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ermögliche (ebd., 127).

Colin Crouch greift Rancières Diagnose auf und überprüft rezente Entwicklungen europäischer Demokratien. Er diagnostiziert einen Niedergang demokratischer Vitalität im Sinne breiter Partizipation, öffentlicher Debatte und politischer Kämpfe, die zwischen Parteien geführt wurden, die über klare Profile und eine identitätsstiftende soziale Basis verfügten. Er sorgt sich um Linksparteien, deren Stammwählerschaft mit dem Niedergang traditioneller Arbeiterschaft geschmolzen sei. Zugleich wurden relevante politische Erfolge nur als koalitionsfähige Kompromisse, nicht jedoch in politischen Kämpfen erreicht (Crouch 2008, 89). So konnten jedoch keine neuen politischen Identitäten hergestellt und stabilisiert werden. Parteien orientieren sich an einer fiktiven Mitte und ihre Programme verblassen (ebd., 32). Kostspielige Image- und Wahlkampagnen machen Parteien von professionellem Marketing, von der methodischen Macht der Meinungsforschung und von potenten Geldgebern abhängig (ebd., 98). Politische Nachrichten werden zu kurzlebigen Konsumgütern (ebd., 67) auf einem quotenorientierten Medienmarkt im Eigentum einiger weniger Medienmogule (ebd., 68). Große Unternehmen und ihre Lobbys erhalten privilegierten Zugang zu politischen Entscheidungen, die hinter verschlossenen Türen gefällt werden, unbemerkt vom medial inszenierten Politikspektakel. Somit waren in den letzten Jahren antiegalitäre Projekte erfolgreicher als egalitäre. Soziale Gleichheit sei kein zentraler demokratischer Wert mehr. Crouch (2008, 9) bewertet aktuelle Fehlentwicklungen liberaler Demokratien als Abweichungen von seinem Demokratieideal, das vorrangig auf aktive Bürger-Innenschaft setzt.

Entpolitisierende Entdemokratisierung: Abschied von der antagonistischen Demokratie

Chantal Mouffe kritisiert, ebenso wie Jacques Rancière, konsensorientierte Demokratiebegriffe. Beide formulieren ähnliche, aber nicht unbedingt idente Positionen. Demokratie wird von ihnen mit notwendig konfliktorischer Politik in eins gesetzt. Mouffes Demokratieinteresse richtet sich vor allem auf subjektive Möglichkeiten und Verfahren der Konfliktaustragung, während Rancière politische Orte in ihrer Konfliktrelevanz – und damit originär politische Subjektivierungen – in den Blick nimmt. Ausgehend von ihrer Kritik an John Rawls und Jürgen Habermas verwirft Mouffe deren Annahme rationaler Bürgerschaft. Demokratische Aktivbürgerschaft sei nicht aus der Rationalität der Institutionen ableitbar, sondern bedürfe tatsächlicher „*Verfügbarkeit* demokratischer Individualitäts- und Subjektivitätsformen“ (Mouffe 2008, 98, Hervorh. i. Orig.).

Subjektivierung resultiere aus konkreten sozialen Verhältnissen. Soziale und politische Subjektivitätsformen – Voraussetzung aktiver Bürgerschaft – seien nicht voneinander abzuschotten. Zugehörigkeit zur Demokratie und Glaube an den Wert ihrer Institutionen realisieren sich nicht nur über rationale Begründungen, sondern auch über ihr fassbares Erleben und ihre emotionale Unterfütterung. Der Traum vom Konsens stoße an ontologische Grenzen (ebd., 100). Deliberation, wie sie Habermas (1992, 349f.) diskutiere, habe mit partikularen Lebensformen zu rechnen, weshalb nicht auf Einheitlichkeit und Rationalität gesetzt werden könne. Der deliberative Zugang eliminiere gesellschaftliche Machtverhältnisse und antagonistische Strukturen von Politik. Politik werde dabei auf Ethik reduziert. Demgegenüber fordert Mouffe ein demokratisches Modell, das der antagonistischen Natur des Politischen entspricht, diese aber auch zu bändigen vermag. Das Politische sieht sie in Anlehnung an Carl Schmitt (1933/1963) durch Macht und Antagonismus definiert. Soziale Subjektivierung werde durch Machtakte konstituiert, weshalb das soziale Subjekt zugleich ein politisches sei. Das Problem aktiver Bürgerschaft sei ein Problem der Demokratisierung, nicht der Politisierung. Politische Subjekte konstituieren sich durch Ein- und Ausschlüsse. Die demokratische Herausforderung besteht nun für Mouffe darin, Antagonismen nicht in einen scheinbaren Konsens aufzulösen. Vielmehr gilt es, die antagonistische Freund-Feind-Relation in eine agonistische Wir-Sie-Beziehung zu überführen.

Mouffe und Rancière betrachten die Konstituierung politischer Subjektivität gleichermaßen als bedeutsam, sie divergieren aber in ihrer Fassung politischer Subjektivierung. Rancière trennt strikter zwischen sozialer und politischer Identität. Somit gebe es ein Volk, aber keinen Demos. Mouffe hingegen identifiziert eine künstliche Trennung sozialer und politischer Subjektivität als Problem, das es auszuschalten gilt. Demokratieschwächung bedeutet für Rancière Verlust des Demos, soziale Identität als Volk setze demokratisch-politische Handlungsfähigkeit außer Kraft. Mouffes Demokratiebefund beachtet Privatisierung und Individualisierung als Momente akuter Entpolitisierung. Daran ändert auch die Diagnose einer Zunahme neuer kollektiver Identifikationsweisen nichts, zumal diese antidemokratische Fundamentalismen ermöglichen. Unser Resümee: Beides erscheint bei Mouffe als eine Form *entpolitisierender Entdemokratisierung*.

Nationale Verfasstheit und Zeitgebundenheit: Pfadabhängige Theorieentwicklung

Aktuelle gesellschaftliche Transformationen, Transnationalisierung von Politik sowie krisenhafte Momente westlicher Demokratien verlangen ohne Zweifel nach theoretischer Erneuerung. Allerdings belegt der Fundus der Demokratietheorien trotz erheblicher konzeptueller Differenzen zugleich recht eng gezogene Pfade der Theorieentwicklung. Denk- und Handlungsräume des Demokratischen, nationale Politikmuster und politisch-ideologische Denktraditionen werden infrage gestellt und zugleich konserviert, für tot erklärt und zugleich revitalisiert. Besonders augenfällig sind nationalstaatliche Verfasstheit sowie Zeitgebundenheit von Demokratietheorien. Auch die Versuche der Theoretisierung von Entdemokratisierung verbleiben in diesen Pfaden.

Eine Barriere für Demokratietheorieentwicklung scheint darin begründet zu sein, dass der Nationalstaat bislang als der zentrale Ort demokratischer Politik sowie gesellschaftlicher Solidarität gegolten hat. Demokratietheorien beruhen auf „national verfassten Mustern demokratischer Beteiligung“. Wolfgang Streeck (1998, 11) weist darauf hin, dass in der Politikwissenschaft wirtschaftliche Internationalisierung zwar in ihren Wirkungen auf den Nationalstaat, nicht jedoch auch auf ihre Folgen für die Demokratiequalität untersucht wird. Indem „internationale Verhandlungsergebnisse [...] re-importier[t]“ werden, macht man sie im nationalen Raum „unangreifbar“.

Internationalisierung stärkt „die nationalen Staats- und Regierungs- auf Kosten der parlamentarischen und Verbandseliten“, die Stärkung nationalstaatlicher RepräsentantInnen erfolgt letztlich „auf Kosten nationalstaatlicher Demokratie“ (ebd., 12).

Wenn nationalstaatliche Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt werden, kann dies durchaus zum Nutzen der (liberalen) Demokratie geschehen. Wirtschaftliche Internationalisierung vermag nationale Demokratie „auf ihre liberalen Ursprünge“ zurückzuführen, also „formale Demokratie“ zu fördern und soziale sowie substanzielle Demokratie rückzubilden (ebd., 12f.; 17). Internationalisierung der Wirtschaft „polarisiert liberale und soziale Demokratie“, nachdem sie für einen relativ kurzen Augenblick „vereinbar und vereint“ schienen. Die „alte Spannung“ zwischen den beiden dominanten Demokratiebegriffen des 20. Jahrhunderts wird aktuell reaktiviert (ebd., 18). Das Nationale als Grundlage des Demokratischen und Wohlfahrtsstaatlichen tritt erneut als vorteilhaft hervor. Die nationalstaatliche Verfasstheit von Demokratien kann nicht ohne Folgen für Theoretisierungen von Demokratieentwicklung bleiben. Zum einen können supra- und transnationale Prozesse selbst zum Gegenstand der Theorie werden, zum anderen erfolgt die Wahrnehmung von Phänomenen der Demokratieschwächung von einem nicht zuletzt auch national rückgebundenen Standpunkt aus.

Obwohl alle vorab dargestellten AutorInnen Phänomene der Demokratieschwächung ausmachen, die sie mit Stärkung formaler und liberaler Demokratie sowie mit Entpolitisierung im Sinne der Herrschaft von „Sachzwängen“ verbinden, macht nur Crouch wirtschaftliche Internationalisierung zum Gegenstand seiner Demokratiediagnose. Indem er sie direkt in Beziehung zu Demokratieschwächung setzt, versucht er, eine empfindliche Lücke im Demokratiedenken zu schließen. Das internationale Unternehmen wird als zentrale Bedrohung der Demokratie erkannt. Rosanvillons erweitertes liberales Modell vermag hingegen nicht über nationalstaatliche Grenzen hinauszudenken. Andererseits sind Zugänge, die vom Begriff der Politik oder des Politischen ausgehen, wie dies auf Rancière und Mouffe zutrifft, nicht in der Lage, die nationalstaatliche Verfasstheit oder Besonderheit der Probleme, auf die sie sich beziehen, überhaupt zu identifizieren.

Zudem können sich DemokratietheoretikerInnen nicht aus dem Demos ausnehmen, und unterliegen daher selbst politischen und sozialen Subjektivierungsweisen. Das Erfordernis, Demokratietheorie „von unten“ – von den Betroffenen und von den politischen Alltagsproblemen her – zu denken und zu entwickeln, ist fast nur einlösbar, indem die eigene soziale, geschlechtliche, politische und ideologische Positionierung zum Ausgangspunkt genommen wird.² Max Horkheimer und Theodor W. Adorno (1987, 13) begründen die unabwendbare Transformation von Theorien mit dem Hinweis auf deren „Zeitkern“. In politikwissenschaftlicher Praxis werden politische Theorien – so auch Demokratietheorien – positiviert, indem sie „historisiert“ werden. Sie sind dann nicht mehr Ausdruck akuter politisch(-emanzipatorisch)er Bemühungen, sondern werden als Komponenten einer Genealogie archiviert und als genormte Muster politischen Nachdenkens verbreitet (Demirovic 2004, 493, 495). Jede Theorie trägt ihre „historische Signatur“, ist aber nicht als „unveränderlich“ anzunehmen. Das Verständnis für historische Entstehungskontexte trägt zur Entschlüsselung der zu Theorie verdichteten gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse bei. Allerdings vermag „Theorie ihre eigene Geschichtlichkeit nicht denken“ (ebd.). Erst unablässige Reflexivität macht die besondere Zeitgebundenheit von Theoriarbeit erkennbar.

Indem die zuvor dargestellten Konzeptualisierungen von Demokratieschwächung auf höchst aktuelle Phänomene zielen, werden auch sie „historisch“ markiert und ihre akute praktische Relevanz wird augenfällig. Mit ihrer Kritik an entdemokratisierenden Tendenzen im Allgemeinen und an liberalen Demokratiekonzeptionen im Besonderen nehmen die genannten AutorInnen die

ideologiekritische Tradition wieder auf. Als Problem aktueller Demokratien wird weniger politische Apathie der BürgerInnen angesprochen, denn strukturelle Verunmöglichung politischer Partizipation und Aktion. Dennoch sind Differenzen im selbstreflexiven Umgang mit eigener Theorie- und damit auch Ideologieproduktion zu verzeichnen.

Rancière und Mouffe üben fundamentale Kritik an liberalen und konsensualen Demokratietheorien. Beide argumentieren im Rahmen sich tendenziell schließender Theoriegebäude, die einen speziellen Standpunkt der Kritik eröffnen. Rancière aktualisiert das aristotelische Politikverständnis und nutzt es zur Benennung aktueller Phänomene. Allerdings benötigt er dazu einen nicht-identitären Demos-Begriff, den es seiner Meinung nach im herrschenden Demokratieverständnis nicht gibt. Rancière ist freilich entgegenzuhalten, dass sein Demos-Begriff kein leb- und erreichbares praktisches Angebot darstellt. Mouffe hingegen folgt Carl Schmitt, der eine anti-demokratische Fassung des Politischen anvisiert hatte. Ihr Problem einer Redemokratisierung von Politik verliert ihren Bezug zu aktuellen Demokratieproblemen in dem Maße, wie es zu einem Problem des Konzepttransfers wird.

Crouch verhandelt Postdemokratie weniger konzeptuell, eher als Zeitdiagnose einer Fülle empirischer Phänomene. Der Anspruch auf Praxisrelevanz ist evident, zumal er in europäischen sozialdemokratischen Parteien seine eindeutigen Adressaten findet. Trotz begründeter Kritik an der Rolle professioneller BeraterInnen bietet Crouch sich eigentlich selbst als Politikberater an. Obwohl er ein normatives Demokratieverständnis vertritt, das aktive BürgerInnenschaft voraussetzt, wird die Aktivierung der BürgerInnen zu einer Aufgabe politischer Parteieliten und damit der Demos zum Objekt demokratischer Politik. Demgegenüber konzipiert Rosanvallon Counter-Democracy als Erweiterung und Reform liberalen Demokratiedenkens und macht zudem theoretische Praxis zum unerlässlichen Element von Demokratie. Er ist damit in der Lage, seine theoretische Tätigkeit im eigenen theoretischen Gebäude zu verankern. Von diesem Standpunkt aus ist es ihm jedoch nicht möglich, fundamentale Kritik an liberaler Demokratie zu formulieren. Stattdessen verfängt er sich in seinem reformistischen Demokratieprojekt.

Resümee: Theorieentwicklung mittels ideologiekritischer Verfahren

Keine Demokratietheorie ist frei von Verschleierung gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Dies gilt auch für die hier diskutierten Versuche der Theoretisierung von Demokratieschwächung. Dennoch wird Theorie häufig als Antithese von Ideologie rationalisiert. Insbesondere während des Kalten Krieges galten liberale westliche Demokratiekonzeptionen als ideologiefrei, zumal diese ausschließlich auf das nicht-demokratische Andere projiziert wurden. Ein kritisch reformuliertes Verständnis kann die Unmöglichkeit behaupteter Ideologiefreiheit überzeugend aufdecken. Jede Demokratietheorie bleibt also ideologisch aufgeladen, so auch die hier diskutierten Ansätze. Ideologiekritik kann nicht nur diese ideologischen Gehalte aufzeigen. Sie wird geradezu zur Voraussetzung für Theorieentwicklung mithilfe ideologiekritischer Verfahren.

Begriffs- und ideologiekritische Revisionen demokratietheoretischer Grundlagen lassen die durch neoliberale Globalisierung radikal veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse adäquater in den Blick nehmen. Die hier diskutierten Versuche, aktuelle Tendenzen von Demokratieschwächung und Entdemokratisierung begrifflich zu fassen, verfehlen mitunter die Tatsache, dass diese Effekte des modifizierten Kapitalismus darstellen. Ihre derzeit hybriden Erscheinungsweisen erschweren die Bildung klarer Begriffe. Die vorgeschlagenen Konzeptualisierungen als Postdemokratie, Counter-Democracy oder entpolitisierte Entdemokratisierung grenzen sich

vom verkürzten und formalisierten Verständnis liberaler Theorie ab, die die Wirklichkeit aktueller Demokratie sicher nicht (mehr) abbilden kann. Sie geben weder eine breit akzeptierte Gegenwartsdiagnose ab, noch können sie empirische Analysen anleiten. Sie können aber in demokratische Praxis intervenieren und damit Prozesse anstoßen, die im günstigsten Fall die Diagnose demokratischen Niedergangs praktisch widerlegen. Kritische Demokratietheorie, die sich mit Demokratieentleerung befasst, muss ihre Widerlegung anstreben. Vielleicht ist aber diese (akademisch-wissenschaftliche) Angst eigentlicher Grund, warum gerade professionelle Politikwissenschaft bisher so zurückhaltend war, sich den Phänomenen und Tendenzen von Entdemokratisierung zu stellen.

ANMERKUNGEN

- 1 „Ein Zwerg, der auf den Schultern eines Riesen steht, kann weiter sehen als der Riese selbst.“ Der Aphorismus wird meist mit dem 17. Jahrhundert verbunden und Isaac Newton zugeschrieben. Diese Metapher zur Veranschaulichung von Erkenntnisfortschritten ist jedoch wesentlich älter, geht sie doch auf das Jahr 1120 zurück. Als Urheber gilt Bernhard von Chartres, der sich auf die Leistungen der gelehrten Riesen der Antike bezieht, um den Fortschritt der Wissenschaftszweige des 12. Jahrhunderts zu veranschaulichen (Merton 1965/1983).
- 2 So verweist z.B. Rancière immer wieder auf Ereignisse und Phänomene, die er in Frankreich beobachten kann. Umgekehrt versucht Crouch zwar Beispiele aus mehreren europäischen Ländern aufzunehmen, verdeckt dabei aber seine Neigung, die englische Problemsicht zu verallgemeinern. Auch sein Ausgangspunkt, die Hochphase partizipatorischer Demokratie, ist eine historische Erfahrung, die nationalstaatlich eingefärbt ist, womit die daran bemessene Entdemokratisierung stärker differenziert werden müsste.

LITERATURVERZEICHNIS

- Adorno*, Theodor W. (1972). Beitrag zur Ideologienlehre, in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 8, Soziologische Schriften 1, Frankfurt am Main, 457–477.
- Althusser*, Louis (1973). Ideologie und ideologische Staatsapparate. Skizzen für eine Untersuchung, Berlin.
- Barber*, Benjamin (1984/1994). Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen, Hamburg.
- Bernbach*, Udo (1984). Über die Vernachlässigung der Theoriengeschichte als Teil der Politischen Wissenschaft, in: Ders. (Hg.): Politische Theoriengeschichte. Probleme einer Teildisziplin der Politischen Wissenschaft, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), Vol. 25(15), Sonderheft, 9–31.
- Bhabha*, Homi K. (2000). Das theoretische Engagement, in: Ders.: Die Verortung der Kultur, Tübingen, 29–58.
- Bröckling*, Ulrich (2007). Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt am Main.
- Buchstein*, Hubertus/Dirk Jörke (2003). Das Unbehagen an der Demokratietheorie, in: Leviathan, Vol. 31(4), 470–495.
- Buchstein*, Hubertus/Dirk Jörke (2007). Die Umstrittenheit der Politischen Theorie. Stationen im Verhältnis von Politischer Theorie und Politikwissenschaft in der Bundesrepublik, in: Hubertus Buchstein/Gerhard Göhler (Hg.): Politische Theorie und Politikwissenschaft, Wiesbaden, 15–44.
- Campbell*, David F. J./Thorsten D. Barth (2009). Wie können Demokratie und Demokratiequalität gemessen werden? Modelle, Demokratie-Indices und Länderbeispiele im globalen Vergleich, in: SWS-Rundschau, Vol. 49(2), 209–233.
- Crouch*, Colin (2008). Postdemokratie, Frankfurt am Main.
- Dahl*, Robert A. (1956/1976). Vorstufen zur Demokratie-Theorie, Tübingen.
- Demirovic*, Alex (1997). Demokratie und Kapitalismus, in: Alex Demirovic: Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster, 12–20.
- Demirovic*, Alex (2004). Der Zeitkern der Wahrheit. Zur Forschungslogik kritischer Gesellschaftstheorie, in: Joachim Beerhorst/Alex Demirovic/Michael Guggemos (Hg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt am Main, 475–499.
- Eagleton*, Terry (1993). Ideologie. Eine Einführung, Stuttgart-Weimar.
- Fraser*, Nancy (1997/2001). Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats, Frankfurt am Main.
- Gerlach*, Thomas (2000). Die Herstellung des allseits verfügbaren Menschen. Zur psychologischen Formierung der Subjekte im neoliberalen Kapitalismus, in: UTOPIE kreativ, Vol. 121/122, 1052–1065.

- Greven, Michael Th. (1990). Die politische Gesellschaft als Gegenstand der Politikwissenschaft, in: Ethik und Sozialwissenschaften, Vol. 2, 223–228.
- Habermas, Jürgen (1992). Deliberative Politik – ein Verfahrensbegriff der Demokratie, in: Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main, 349–398.
- Hall, Stuart (2004). Ideologie und Ökonomie. Marxismus ohne Gewähr, in: Stuart Hall: Ideologie Identität Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4, Hamburg, 8–33.
- Harvey, David (2007). Räume der Neoliberalisierung. Zur Theorie der ungleichen Entwicklung, Hamburg.
- Horkheimer, Max/Theodor W. Adorno (1987). Zur Neuausgabe (1969), „Dialektik der Aufklärung“, in: Max Horkheimer: Gesammelte Schriften, Bd. 5: „Dialektik der Aufklärung“ und Schriften 1940–1950 Frankfurt am Main, 13–14.
- Jaeggi, Rahel (2009). Was ist Ideologiekritik? In: Rahel Jaeggi/Tilo Wesche (Hg.): Was ist Kritik? Frankfurt am Main, 266–295.
- Kersting, Wolfgang (1999). Theoriekonzeptionen der politischen Philosophie der Gegenwart: Methoden, Probleme, Grenzen, in: Michael Th. Greven/Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): Politische Theorie – heute. Ansätze und Perspektiven, Baden-Baden, 41–79.
- Kreisky, Eva (2007). Politikerberatung als neuer Beruf. Anzeichen neoliberaler Einbindung von Politikwissenschaft, in: Erich Fröschl/Helmut Kramer/Eva Kreisky (Hg.): Politikberatung zwischen Affirmation und Kritik, Wien, 11–45.
- Lipietz, Alain (1994). Post-Fordism and Democracy, in: Ash Amin (Hg.): Post-Fordism. A Reader, Oxford UK – Cambridge USA, 338–357.
- Macpherson, Crawford B. (1962/1967). Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke, Frankfurt am Main.
- Macpherson, Crawford B. (1977/1983). Nachruf auf die liberale Demokratie, Frankfurt am Main.
- Merkel, Wolfgang (1999). Defekte Demokratien, in: Wolfgang Merkel/Andreas Busch (Hg.): Demokratie in Ost und West, Frankfurt am Main, 361–381.
- Merkel, Wolfgang/Hans-Jürgen Puhle/Aurel Croissant (Hg.) (2003). Defekte Demokratien, 2 Bde., Opladen.
- Merton, Robert K. (1965/1983). Auf den Schultern von Riesen. Ein Leitfadens durch das Labyrinth der Gelehrsamkeit, Frankfurt am Main.
- Mouffe, Chantal (2008). Das demokratische Paradox, Wien.
- Narr, Wolf-Dieter/Frieder Naschold (1971). Einführung in die moderne politische Theorie, Teil III, Theorie der Demokratie, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz.
- Rancière, Jacques (2002). Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main.
- Rancière, Jacques (2006). Hatred of Democracy, London/New York.
- Rosa, Hartmut/Ulrich Willems (1999). Politische Theorie im Spiegel der Herausforderungen der Politik: einige zusammenfassende Überlegungen, in: Michael Th. Greven/Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): Politische Theorie – heute. Ansätze und Perspektiven, Baden-Baden, 447–471.
- Rosanvallon, Pierre (2008). Counter-Democracy. Politics in an Age of Distrust, Cambridge.
- Sartori, Giovanni (1987/1992). Demokratietheorie, Darmstadt.
- Schmitt, Carl (1933/1963). Der Begriff des Politischen, 6. Aufl., Berlin.
- Straßenberger, Grit/Herfried Münkler (2007). Was das Fach zusammenhält. Die Bedeutung der Politischen Theorie und Ideengeschichte für die Politikwissenschaft, Wiesbaden, 45–79.
- Streeck, Wolfgang (1998). Einleitung: Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie? In: Ders. (Hg.): Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie, Frankfurt am Main/New York, 11–58.

AUTORINNEN

Eva KREISKY, Professorin für Politische Theorie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, Forschungsschwerpunkte: Politische Theorie und Ideengeschichte, Staats- und Institutionentheorien, Politik der Geschlechterverhältnisse.

Korrespondenzadresse: Institut für Politikwissenschaft, Universitätsstr. 7/2, 1010 Wien.

E-Mail: eva.kreisky@univie.ac.at

Marion LÖFFLER, Studium der Politikwissenschaft und Geschichte in Wien, derzeit Assistentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, Forschungsschwerpunkte: Staats- und Demokratietheorien, Genderforschung, Politik und Literatur.

Korrespondenzadresse: Institut für Politikwissenschaft, Universitätsstr. 7/2, 1010 Wien.

E-Mail: marion.loeffler@univie.ac.at